

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

46. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 6 · 8. September 2015

Etat eingebracht

Die Landesregierung hat den Entwurf für den Haushalt 2016 eingebracht. Er sieht Ausgaben von rund 67 Milliarden Euro vor. Der Entwurf löste im Landtag eine kontroverse Debatte aus. S. 3

Reise des Gedenkens

In NRW halten zahlreiche Gedenkstätten die Erinnerung an NS-Opfer wach. Landtagspräsidentin Carina Gödecke besuchte einige dieser Orte, um die dort Engagierten zu unterstützen. S. 6/7

Wege der Demokratie

Auf die Spuren des Landtags in Düsseldorf führt ein Informationsangebot, das nun eröffnet wurde. Die „Wege der Demokratie“ erinnern an die Orte, an denen das Landesparlament getagt hat. S. 8

Petitionsausschuss hilft

Wer Ärger mit Behörden hat, kann sich in NRW an den Petitionsausschuss wenden. Vorsitzende Rita Klöpfer und Stellvertreterin Inge Howe berichten im Interview von ihrer Arbeit. S. 14-15

Auf der Flucht



Was Menschen anderen Menschen antun können

Sie flüchten vor Terror, Krieg und Hunger in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Sie vertrauen sich kriminellen Schleppern an und setzen ihr Leben in Schlauchbooten auf dem Mittelmeer aufs Spiel. Viele ertrinken. Flüchtlinge.

Der Zustrom reißt nicht ab. Bundesweit werden in diesem Jahr etwa 800.000 erwartet. Mindestens 170.000 wird allein Nordrhein-Westfalen aufnehmen – eine immense Herausforderung fürs Land und die Kommunen. Der Landtag beschäftigt sich seit Monaten im Plenum und in den Fachausschüssen mit dem Thema, und auch am Mittwoch, 2. September 2015, stand es auf der Tagesordnung der Plenarsitzung ganz oben.

Gedenkstätten

Im April hatte Landtagspräsidentin Carina Gödecke in Landtag Intern angekündigt, möglichst viele der mehr als 20 Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen zu besuchen, die an das Grauen der Nazizeit erinnern. Im August besuchte sie die ersten fünf. Landtag Intern begleitete die Prä-

sidentin zur Dokumentationsstätte Stalag 326 in Schloss Holte-Stukenbrock und zur Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg – zwei ganz unterschiedliche Einrichtungen, denen aber eines gemeinsam ist: Sie zeigen, was Menschen anderen Menschen antun können. Mehr über den Besuch lesen Sie auf den Seiten 6 und 7.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe: Arbeitslosigkeit. Genauer gesagt: Langzeitarbeitslosigkeit. Mehr als 300.000 Frauen und Männer sind in NRW davon betroffen. Um die Verbesserung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt ging es in einer Anhörung des Sozialausschusses. Und in „Schlag auf Schlag“ äußern sich die Fraktionen zum Thema.

Wer sich von Behörden ungerecht behandelt fühlt, kann sich an den Petitionsausschuss des Landtags wenden. Das gilt übrigens nicht nur für Erwachsene, sondern auch für Kinder und Jugendliche, wie Vorsitzende Rita Klöpffer und stellvertretende Ausschussvorsitzende Inge Howe im Interview betonten. Zwischen 4.000 und 5.000 Eingaben erreichen den Ausschuss im Jahr. Und jede einzelne wird bearbeitet. zab



Titelthema: Auf der Flucht

Landtag debattiert über die aktuelle Situation 4-5

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf
Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2107 (zab), 884-2324 (wib), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Nils Sönksen (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).
Redaktionsschluss: Freitag, 26. Juni 2015, 13 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Griebisch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Aus dem Plenum

Auftakt der Haushaltsberatung 3

Forum

Täter, Opfer und ein Baum voller Wünsche 6-7

Auf Spurensuche 8

Schwerpunkt

Hoffnung auf einen festen Job 9

Schlag auf Schlag 10-11

Aus den Ausschüssen

Meldungen 12

Der schmale Grat 13

Forum

Der Petitionsausschuss im Interview 14-15

Aus den Fraktionen 16-17

Gesetzgebung 18

Forum

Wilhelm Lenz – der praktizierende Demokrat 19

Kurz notiert 20

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Nordrhein-Westfalen

Haushaltsgesetz

Haushaltsplan 2016

Foto: Schälte

PLENUM

Entwurf unter Vorbehalt

Landesregierung bringt Haushalt 2016 ein

3. September 2015 – Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans kündigte bereits Änderungen am Entwurf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen an und nannte ihn eine „fortschreibungsbedürftige Momentaufnahme“. Die Opposition übte deutliche Kritik an der Finanzpolitik von Rot-Grün.

Finanzminister [Dr. Walter-Borjans](#) sagte, in den Haushaltsberatungen sei wegen der Entwicklung bei den Flüchtlingszahlen „Flexibilität“ gefordert. Er kündigte eine Ergänzungsvorlage für den Entwurf 2016 sowie einen weiteren Nachtragset für das laufende Jahr an. Die Ergänzung für 2016 werde er aber erst vorlegen können, wenn Klarheit zwischen Ländern und Bund über die Finanzierung der Flüchtlingshilfe und über die zu erwartenden Steuereinnahmen bestünde. Der Minister versicherte zugleich, dass wegen der Mehrausgaben in diesem Jahr keine Erhöhung der Neuverschuldung nötig sei.

CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#) sagte, niemand werde Rot-Grün einen Vorwurf machen, weil es wegen der Flüchtlingssituation Änderungen am Etatentwurf geben müsse. Er warf der Landesregierung aber vor, dass sie den politischen Gestaltungsanspruch weitgehend aufgeben habe. Neun Bundesländer schrieben 2015 schwarze Zahlen. In sieben Ländern falle ein Minus von 3,6 Milliarden Euro an – davon mit 1,9 Milliarden rund die Hälfte allein in NRW. Und dies in Zeiten von hohen Steuereinnahmen und Zinsausgaben auf einem Niedrigstand. „Das ist kein Zustand für ein starkes Bundesland.“

SPD-Fraktionschef [Norbert Römer](#) verteidigte den Haushaltsentwurf und verwies darauf, dass jeder dritte Euro in den Bildungsbereich fließe. Die kommunalen Mittel seien zudem auf einem Rekordniveau. Ein schnelleres Erreichen der schwarzen Null sei nur möglich, wenn zum Beispiel bei Lehrern und Polizisten Stellen

gestrichen würden. Der CDU warf Römer vor, keine eigenen Konzepte vorzulegen. „Das, was Sie uns hier als Alternative verkaufen, verheißt so viel Zukunft wie ein abgeräumter Kirmesplatz“, sagte er und nannte u. a. die Wiedereinführung von Studiengebühren.

Dass die Finanzplanung „auf Kante genäht“ sei, zeigt nach Einschätzung von FDP-Fraktionschef [Christian Lindner](#) die Flüchtlingsfrage. Die derzeitige Sonderlage entlasse die Landesregierung nicht aus der finanzpolitischen Verantwortung. Solidarität funktioniere nur mit Solidität. Seit dem rot-grünen Amtsantritt habe es steigende Steuereinnahmen und sinkende Zinsen gegeben. „Sechs Mal haben Sie nichts daraus gemacht, weil Sie sechs Mal falsche Schwerpunkte gesetzt haben“, sagte Lindner. Trotz Haushaltsverbesserungen von 14 Milliarden Euro müssten noch immer Schulden aufgenommen werden.

Von „guten Zahlen“, einer „positiven Entwicklung“ und „erheblichen Fortschritten bei der Kommunalfinanzierung“ sprach GRÜNEN-Fraktionschef [Mehrdad Mostofizadeh](#). Die Haushalts- und Finanzpolitik sei solide, das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) „so stark wie nie“. Er hob zudem die guten Steuereinnahmen und die Zinsentwicklung hervor. Laschet und Lindner hätten das Land in ihren Beiträgen schlecht geredet und seien dabei eigene Vorschläge schuldig geblieben, so der GRÜNEN-Fraktionschef. Der CDU unterstellte er einen „Zickzack-Kurs“, der sich wie ein roter Faden durch ihre Politik ziehe.

Der vom Finanzminister angekündigte weitere Nachtragshaushalt für 2015 sei überfällig, sagte [Michele Marsching](#), Fraktionschef der PIRATEN. Seine Fraktion habe diesen Nachtrag angesichts der Flüchtlingssituation bereits am 18. August gefordert. Zentrales Thema seiner Rede war die „digitale Revolution“. Marsching forderte u. a. schnelle Glasfaserleitungen flächendeckend in Nordrhein-Westfalen und die Einrichtung eines Internet-Ministeriums, um die digitale Daseinsvorsorge sicherzustellen. Die „Digitalisierungs-Kampagne“ der Landesregierung bezeichnete er als „megaschwach“.

Ministerpräsidentin [Hannelore Kraft](#) verteidigte die Finanzpolitik der Landesregierung und wies die Vorwürfe der Opposition als „plakativ“ zurück. Die Lage auf dem nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt habe mit den Schilderungen der Opposition nichts zu tun. Gleiches gelte für den Bildungsbereich sowie für die ausländischen Direktinvestitionen. Kraft: „Nennen Sie nicht nur die negativen Dinge, sondern geben Sie endlich mal ein vernünftiges Gesamtbild über dieses Land ab.“

Christian Wolf, wib, zab

Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2016 des Landes NRW

Ausgaben lt. Haushaltsplan	67,0 Mrd. Euro
Steuereinnahmen	50,5 Mrd. Euro
Sonstige Einnahmen (ohne Schuldenaufnahme)	14,8 Mrd. Euro
Personalausgaben	25,2 Mrd. Euro
Personalausgabenquote	37,9 Prozent
Investitionsausgaben	5,8 Mrd. Euro
Investitionsquote	8,8 Prozent
Nettoneuverschuldung	1,48 Mrd. Euro

Engagement und Hilfsbereitschaft

2. September 2015 – Bundesweit werden in diesem Jahr etwa 800.000 Flüchtlinge erwartet. Mindestens 170.000 von ihnen, so die offizielle Prognose, wird allein Nordrhein-Westfalen aufnehmen. NRW werde diese Herausforderungen bewältigen, erklärte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Die Opposition jedoch vermisste konkrete Vorschläge.

In einer Unterrichtung des Landtags sagte Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** (SPD): „Ich bin dankbar dafür, dass in NRW so viele helfen, und ich bin stolz auf unser Land und die Welle der Hilfsbereitschaft, die es gibt.“ NRW werde die Herausforderungen, vor die es derzeit gestellt sei, bewältigen. Mit Blick auf rassistische Hetze und Gewalt betonte sie: „Diesen Brandstiftern in Wort und Tat sagen wir unmissverständlich: Ihr werdet diese Gesellschaft nicht vergiften mit Euren dumpfen und dummen Parolen.“ Den Bund forderte die Regierungschefin auf, noch im September verbindliche Zusagen zu machen, wie er sich dauerhaft und strukturell an der Flüchtlingshilfe beteiligen wolle. Kraft sprach sich zudem für ein Einwanderungsgesetz auf Bundesebene aus.

Auch CDU-Fraktionschef **Armin Laschet** würdigte das Engagement der vielen Helfer, ohne die das „Klima der Willkommenskultur“ nicht möglich sei. Deutliche Kritik äußerte er an der Flüchtlingspolitik der rot-grünen Landesregierung. Die Kommunen seien enttäuscht, dass sie nicht mehr Hilfe vom Land erhielten. So werde ihnen derzeit nur ein Drittel der entstehenden Kosten erstattet. In anderen Bundesländern gebe es

eine Vollerstattung. NRW brauche zudem Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern, von wo diese schneller zurückgeführt werden könnten, ehe sie die Kommunen erreichten. Auch versage das Land bei der Registrierung der Hilfesuchenden und brauche einen Krisenstab. Wie Kraft warb er für ein Einwanderungsgesetz.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, **Norbert Römer**, wies die Kritik zurück. Laschets Auftreten sei „streckenweise populistisch“ gewesen. Deutschland stehe vor einer großen nationalen Bewährungsprobe. NRW müsse improvisieren und die Landesregierung wisse, dass sie den Kommunen viel zumute. Es gehe aber derzeit nicht anders. Weil das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Asylanträge nicht schnell genug bearbeite, lasse der Unterbringungsdruck nicht nach. Dies wisse auch Laschet. Er versuche aber, aus dieser Situation landespolitisches Kapital zu schlagen. Römer appellierte zudem an Bundeskanzlerin Angela Merkel und die CDU, sich bei der Debatte um ein Einwanderungsgesetz zu bewegen.

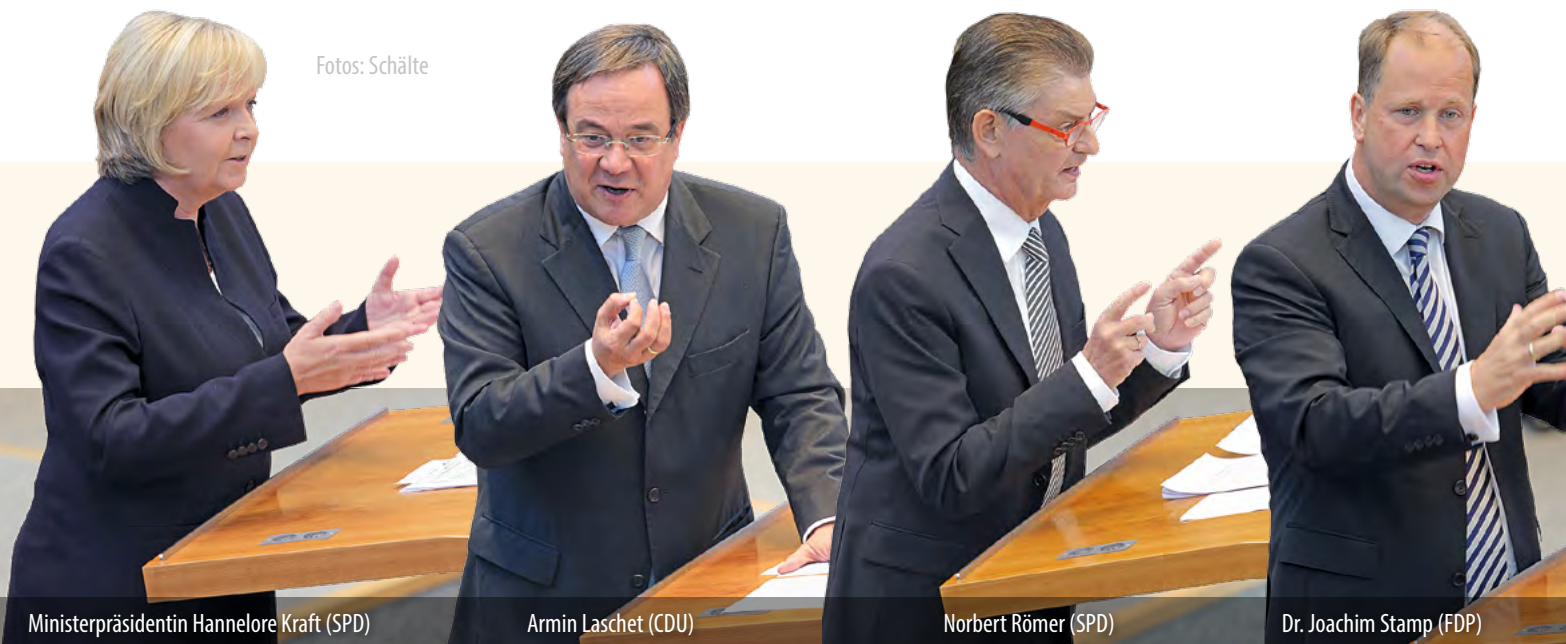
„Wir bekennen uns uneingeschränkt zu der humanitären Verpflichtung, verfolg-

ten Menschen Schutz zu gewähren“, erklärte **Dr. Joachim Stamp**, der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion. Das Boot sei nicht voll, es werde aber sehr schlecht gesteuert. Leidtragende seien die Flüchtlinge in den Unterkünften, aber auch die Kommunen, die „Unterbringung auf Zuruf organisieren müssen“. Von Ministerpräsidentin Kraft habe er erwartet, dass sie konzeptionell und konkret Stellung beziehe, sagte Stamp. Dies sei jedoch nicht geschehen. SPD und GRÜNE zeigten nur auf den Bund, die CDU nur aufs Land. Tatsächlich aber müssten beide in ein Gesamtkonzept eingebunden werden, der Bund als Gesetzgeber die Verantwortung für die Kosten übernehmen.

„Scheindebatte“

GRÜNEN-Fraktionschef **Mehrdad Mostofizadeh** dankte der Ministerpräsidentin für ihre „klaren Worte“. Man werde „ihren Kurs eins zu eins mit aller Kraft unterstützen“. Ausführungen der CDU nannte er „widersprüchlich“. Die Landesregierung habe nie den Flüchtlingsprognosen aus Berlin geglaubt, sondern sei stets von höheren Zahlen ausgegangen. Aus diesem Grund seien zusätzliche Lehrerstellen

Fotos: Schälte



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

Armin Laschet (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Dr. Joachim Stamp (FDP)

Steigende Flüchtlingszahl – Herausforderung für Land und Kommunen

Die Bilder von Flucht, Not und Elend, die Herausforderungen für Bund, Länder und Kommunen, die alarmierenden Übergriffe auf Unterbringungseinrichtungen sowie rassistische Hetze, aber auch eine große Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft. Kein Zweifel: Die stetig steigende Zahl an Flüchtlingen ist derzeit das bestimmende politische Thema in Deutschland. Allein Nordrhein-Westfalen wird einer Prognose zufolge in diesem Jahr rund 170.000 Menschen aufnehmen – mehr als je zuvor.

Zahlen von Mitte August zufolge werden in diesem Jahr nach ganz Deutschland insgesamt 800.000 Menschen kommen, die eine neue Heimat suchen. Pro Woche erreichen mehr als 7.000 Flüchtlinge Nordrhein-Westfalen. Das Land nimmt damit mehr Hilfesuchende auf als ganz Frankreich.

Dies stellt das Land und die Kommunen an Rhein und Ruhr vor enorme Herausforderungen. So wurde die Erstaufnahmestelle in Dortmund mehrmals für kurze Zeit geschlossen, weil sie die ankommenden Flüchtlinge nicht alle unterbringen konnte.

Bis zum Jahresende wird die Zahl der Flüchtlingsplätze in Landeseinrichtungen nach Angaben der Landesregierung auf 60.000 verdoppelt. Weil es derzeit an dauerhaften Unterbringungsplätzen mangelt, leben Tausende Flüchtlinge in Turnhallen. Diese gelten als für die Unterbringung besonders geeignet, weil sie über sanitäre Einrichtungen verfügen. Das Landesinnenministerium will zur Erstaufnahme zudem künftig auch

Jugendherbergen nutzen und bis zu zehn Zelthallen im ganzen Land errichten lassen.

Neben einer solchen Unterkunft in Köln-Chorweiler mit 1.000 Plätzen sollen Rheine, Selm-Borg und Schloss Holte-Stukenbrock Standorte werden. In der Prüfung sind zudem Düsseldorf, Duisburg, Bergkamen, Krefeld, Hopsten und Olfen. Sozialminister Guntram Schneider (SPD) fragte zudem bei den Schützenverbänden des Landes nach, ob sie kurzfristig Kapazitäten bereitstellen können.

In der Flüchtlingsarbeit sind viele Ehrenamtliche engagiert. Zudem meldeten sich bereits mehrere hundert Beamtinnen und Beamte im Ruhestand, um mitzuarbeiten – darunter ehemalige Polizeibeamte und pensionierte Lehrerinnen und Lehrer. Mitarbeiter aus den Landesministerien helfen zudem bei der Registrierung von Flüchtlingen in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) kündigte im Landtag an, die Landesregierung werde zusätzlich mehr als 310 Mil-

lionen Euro für Flüchtlingseinrichtungen zur Verfügung stellen und zudem 50 Millionen Euro für zusätzliche Gebäude und Grundstücke. Geplant sei darüber hinaus, im Haushalt 2015 knapp 400 neue Stellen für die hauptamtliche Betreuung der Flüchtlinge zu schaffen, um ehrenamtliche Helfer zu entlasten. Ein entsprechender Nachtragshaushalt für diese und weitere Maßnahmen werde vom Kabinett noch im September beschlossen. Darüber hinaus werde Rot-Grün im Lauf des Jahres weitere Maßnahmen für den Haushalt 2016 auf den parlamentarischen Weg bringen.

Zur medizinischen Versorgung der Flüchtlinge wurde den Kommunen ermöglicht, eine Gesundheitskarte für Asylsuchende einzuführen. Eine entsprechende Vereinbarung wurde von Vertretern von neun Krankenkassen unterzeichnet. Die Landesregierung erwartet, dass diese Karten für rund 180.000 Flüchtlinge infrage kommen. Sie können dann direkt zum Arzt gehen, wenn sie krank sind.

geschaffen worden. Die Diskussion über sichere Herkunftsländer nannte Mostofizadeh eine „Scheindebatte“. Er kritisierte zudem „schleppende Asylverfahren“ und den „bürokratischen

Aufwand“. Außerdem forderte der GRÜNEN-Fraktionschef: „Die Zugangsschranken am Arbeitsmarkt müssen fallen. Wir brauchen Zuwanderung in die Arbeitsmärkte.“

„Refugees welcome. Wir PIRATEN heißen Euch willkommen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen“, sagte Fraktionsvorsitzender **Michele Marsching**. Er habe von der Ministerpräsidentin keine klaren Worte gehört. Die „Untätigkeit der Landesregierung“ in den vergangenen Jahren habe aus der Flüchtlingssituation erst ein Problem gemacht. Bis heute habe Rot-Grün „kein Konzept für moderne Asylpolitik vorgelegt“. Die weltweiten Migrationsströme seien seit Jahren bekannt gewesen. Marsching forderte die Einrichtung eines Ministeriums für Integration, Flucht und Einwanderung. Dank des Einsatzes Ehrenamtlicher werde man die Herausforderungen bewältigen. Allerdings solle niemand hoffen, „dass die Zivilgesellschaft regelmäßig die Landesregierung rettet“.

Anträge

Verbunden war die Debatte mit Anträgen von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/9652](#)), FDP ([Drs. 16/9512](#)), CDU ([Drs. 16/9514](#) und [16/9583](#)) sowie den PIRATEN ([Drs. 16/9588](#) und [16/9653](#)).

wib/zab



Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Michele Marsching (PIRATEN)

Täter, Opfer und ein Baum

Erinnerungskultur in NRW

Landtagspräsidentin Carina Gödecke hat im August fünf der mehr als 20 Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen besucht, die an das Grauen der Nazi-Diktatur erinnern. Begleitet wurde sie u.a. von Dr. Hans Wupper (Landeszentrale für politische Bildung). Stationen waren das NS-Dokumentationszentrum Köln, die Gedenkstätten „Ordensburg Vogelsang“ in der Eifel und Wewelsburg bei Büren, die Dokumentationsstätte Stalag 326 in Schloss Holte-Stukenbrock sowie die Villa ten Hompel in Münster.

Die NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW werden nach Angaben der Landeszentrale für politische Bildung ausschließlich in kommunaler oder freier Trägerschaft betrieben. Das Land beteiligt sich jedoch. Seit 2013 stehen zur Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit jährlich insgesamt 980.000 Euro zur Verfügung.

Das **NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln** ist die größte Einrichtung in NRW zum Thema. Seine Gründung geht auf einen Ratsbeschluss vom 13. Dezember 1979 zurück. Das Zentrum widmet sich dem Gedenken, Vermitteln und Erforschen der NS-Zeit in Köln und ist im sogenannten EL-DE-Haus untergebracht. Seinen Namen verdankt es den Initialen des Bauherrn Leopold Dahmen. Von 1935 bis 1945 war das Gebäude Sitz der Gestapo in Köln (Geheime Staatspolizei).

Schulungsstätte

Bei der **Gedenkstätte „Ordensburg Vogelsang“** handelt es sich um einen von den Nationalsozialisten errichteten Gebäudekomplex, den heute der Nationalpark Eifel umgibt. Er diente zwischen 1936 und 1939 als Schulungsstätte für den Nachwuchs des NSDAP-Führungskaders. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Anlage dem international genutzten Truppenübungsplatz „Camp Vogelsang“ zugeschlagen und zum Teil durch neue Militärbauten erweitert. Seit Januar 2006 ist das Gelände für die Öffentlichkeit zugänglich.

Die **Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg** wurde 1982 eingerichtet und ist damit eine der ältesten NS-Gedenkstätten in NRW. Sie informiert über die Geschichte der Schutzstaffel (SS) der NSDAP und erinnert

an die Opfer der SS-Gewalt. Die SS hatte dort ihre ideologische Versammlungsstätte. Beim Ausbau der Burg wurden Tausende Häftlinge des Konzentrationslagers Niederhagen-Wewelsburg eingesetzt. Fast die Hälfte der Häftlinge überlebte die Bauarbeiten nicht. Zu sehen ist u.a. die Dauerausstellung „Ideologie und Terror der SS“.

Die **Dokumentationsstätte Stalag 326** in Schloss Holte-Stukenbrock befindet sich im ehemaligen Arrestgebäude des gleichnamigen Kriegsgefangenenlagers. Dort waren vor allem sowjetische Kriegsgefangene untergebracht. Die Abkürzung „Stalag“ steht für „Stammlager“. Das Stalag war zentrales Musterungslager für den Ruhrbergbau und den Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen in Ostwestfalen-Lippe. In der Nähe befindet sich ein Ehrenfriedhof, auf dem etwa 60.000 sowjetische Soldaten begraben sind.

Die **Villa ten Hompel** in Münster, eine ehemalige Fabrikantenvilla aus den 1920er-Jahren, war während der NS-Zeit Sitz der Ordnungspolizei, im Nachkriegsdeutschland dann Ort der Entnazifizierung und des Dezernats für Wiedergutmachung der Bezirksregierung. In der Dauerausstellung „Geschichte – Gewalt – Gewissen“ geht es um die Verbrechen der Ordnungspolizei im Zweiten Weltkrieg und Versuche der Aufarbeitung in der Nachkriegszeit. Themen sind u.a. die Beteiligung der uniformierten Polizei am Zweiten Weltkrieg und an den Genoziden gegenüber Juden sowie Sinti und Roma.

Einen Überblick über die Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen finden Sie im Internet unter www.ns-gedenkstaetten.de. Dort gibt es zudem Informationen über Öffnungszeiten und Führungen.

Landtag Intern begleitete Landtagspräsidentin Carina Gödecke beim Besuch der Dokumentationsstätte Stalag 326 sowie der Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg.

„Asko, der Schrecken der Russen“ war ein Hund, ein Boxer. Wehrmachtssoldaten hatten ihn in Erdhöhlen gehetzt – immer dann, wenn sie meinten, dass die Menschen, die in den Löchern hausen mussten, nicht schnell genug zum Appell auftauchten. Einer der Soldaten hat „Asko“ fotografiert und das Bild in sein Album geklebt. Zur Erinnerung.

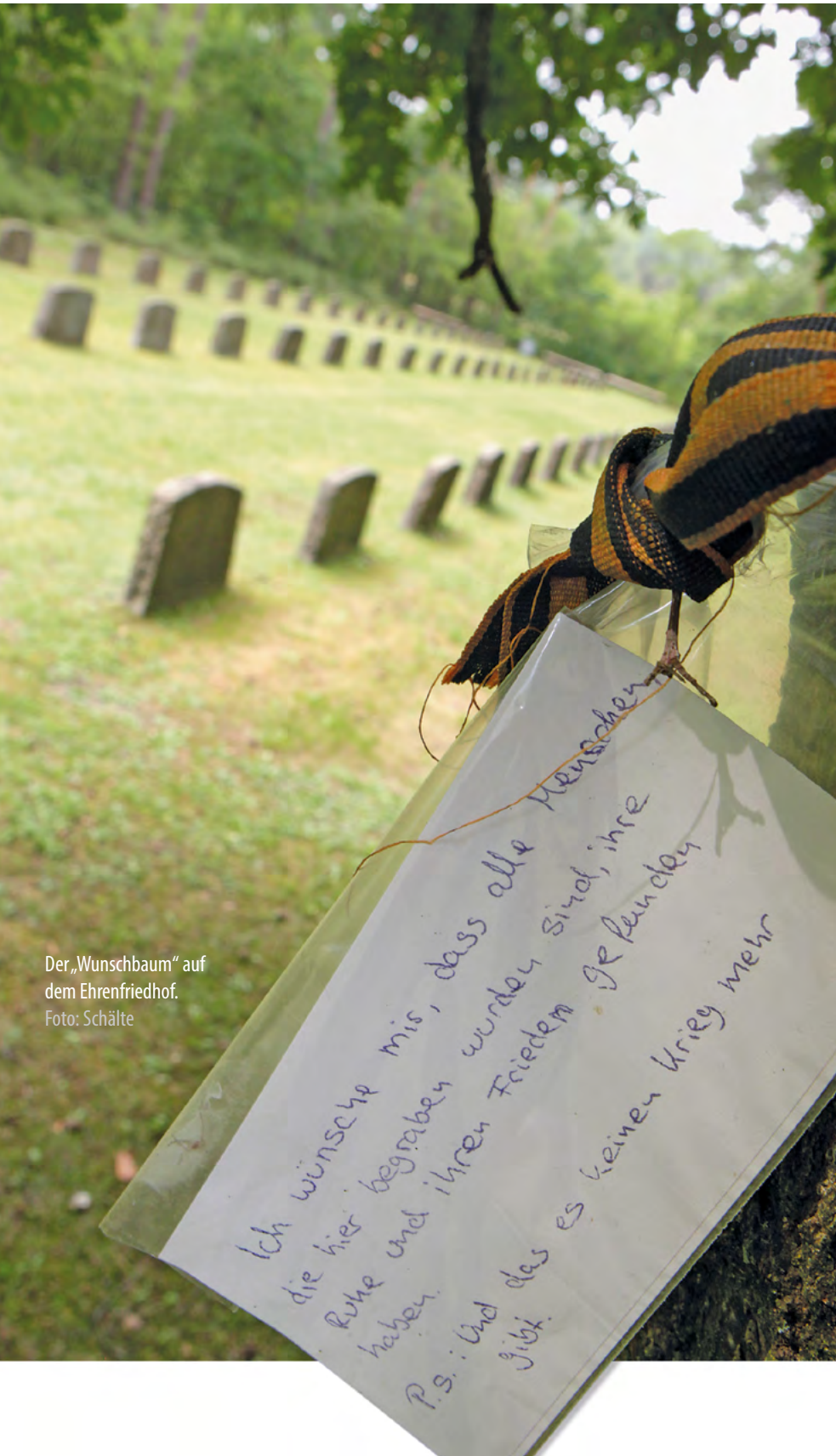
In der Dokumentationsstätte Stalag 326 („Stammlager“, siehe Bericht links) in Schloss Holte-Stukenbrock sind viele Bilder zu sehen. „Das ist nicht selbstverständlich“, sagte Historiker Oliver Nickel, der Leiter der Einrichtung, bei einem Besuch von Landtagspräsidentin Carina Gödecke, „in den Lagern herrschte ein striktes Fotografierverbot.“ Nur habe man sich im Stalag 326 offenbar nicht daran gehalten. Mittlerweile verfüge die Dokumentationsstätte im früheren Arrestgebäude über einen Fundus von rund 300 Bildern. Nickel: „Ein immenser Bestand.“

Die Fotos zeigen Stacheldrahtzäune, Laubhütten, Erdhöhlen und Baracken. Vor allem aber zeigen sie sowjetische Kriegsgefangene. Bei der Ankunft in offenen Eisenbahnwaggons, eingepfercht wie Vieh. Ausgemergelte Männer mit bloßen Oberkörpern und ängstlichen Gesichtern. Die der Hunger dazu trieb, Regenwürmer zu essen. Es sind Gesichter von Menschen, die die Nazis „Verbrecher“ nannten. Darunter steht: „Der Erntedieb, stahl auf der Flucht, was er nur erwischen konnte.“ Oder: „Politischer Kommissar und Hetzer.“ Oder: „Mehrfacher Ausreißer und Dieb, als Strafe ½ Jahr Gefängnis.“ Ein anderes Bild zeigt eine andere Welt: deutsche Soldaten bei einer Adventsfeier im Quartier.

Ganz in der Nähe des Stalag 326 befindet sich der Ehrenfriedhof, etwa 60.000 sowjetische Soldaten sind dort beigesetzt. Ein zehn Meter hoher Obelisk erinnert an sie. Auf der Gedenktafel steht in Russisch, Englisch und Deutsch: „Hier ruhen die in der faschistischen Gefangenschaft zu Tode gequälten russischen Soldaten. Ruhet in Frieden, Kameraden!“ Da ist aber auch der „Wunschbaum“ auf dem Friedhof, in den Besucher Zettel hängen können. Ein Wunsch, der immer wieder genannt wird: Frieden.

„Erinnern und Gedenken kann man nicht verordnen. Beides muss wachsen“, erklärte

voller Wünsche



Der „Wunschbaum“ auf dem Ehrenfriedhof.
Foto: Schälte

Ich wünsche mir, dass alle Menschen,
die hier begraben wurden sind, ihre
Ruhe und ihren Frieden genießen
haben.
P.S.: Und das es keinen Krieg mehr
gibt.

Landtagspräsidentin Gödecke am Rande ihres Besuchsprogramms. Sie habe sich vorgenommen, während ihrer Amtszeit so viele Gedenkstätten wie möglich zu besuchen, auch kleinere, ausschließlich von Ehrenamtlichen betreute Einrichtungen. Es gebe immer weniger Zeitzeugen, Erinnern und Gedenken seien deshalb wichtig für das Miteinander in einer Gesellschaft. Die bestehenden Gedenkstätten „vernünftig in die Zukunft zu führen“ und Denkanstöße zur künftigen Finanzierung zu geben – darum gehe es. Gödecke lobte ausdrücklich das enorme Engagement der haupt- und ehrenamtlichen Kräfte.

„Eintopfsonntag“

Knapp 40 Kilometer von Schloss Holte-Stukenbrock entfernt im Kreis Paderborn liegt die Wewelsburg, eine frühere Kult- und Terrorstätte der SS („Schutzstaffel“). Häftlinge des Konzentrationslagers Niederhagen, dem einzigen selbstständigen KZ auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen, mussten sie für die Nazis aus- und umbauen. Die Ausstellung, die dort heute zu sehen ist, erinnert an Opfer und Täter gleichermaßen. Uniformen werden gezeigt, ein Terminkalender von „Reichsführer SS“ Heinrich Himmler, der im März 1940 einen Besuch auf der Wewelsburg vermerkt. In den Vitrinen Orden und Anstecker, die bei Straßensammlungen des „Winterhilfswerks“ verkauft wurden. Oder das Blechabzeichen zum Eintopfsonntag „Dein Opfer schafft Freude“.

Teil der Ausstellung sind zwei Räume im Nordturm der Burg, aus denen die Nazis Kultstätten schaffen wollten – die Gruft und der „Obergruppenführersaal“ mit der „Schwarzen Sonne“, einem Bodenornament, das auf rechte Kreise noch immer eine gewisse Faszination ausübe, wie Museumsleiterin Kirsten John-Stucke berichtete. Beide Räume seien jedoch so gestaltet worden, dass sie für Neonazis nicht mehr reizvoll seien: die Gruft mit einem Bilderzyklus zum Gedenken an die Opfer des SS-Terrors, der „Obergruppenführersaal“ mit Sitzsäcken an der „Schwarzen Sonne“.

Wer die Ausstellung besichtigen will, braucht Zeit. Und wird irgendwann an einer Wand mit Erinnerungen von Häftlingen des KZ Niederhagen vorbeikommen. Einer schrieb: „Ich sehe alles wie im Nebel. Wenn ich lange überlege, bewegen sich Gestalten in diesem Nebel. Weiter komme ich nicht.“

zab

Auf Spurensuche

Neues Informationsangebot des Parlaments in der Landeshauptstadt

27. August 2015 – Seit 69 Jahren ist der nordrhein-westfälische Landtag in Düsseldorf zu Hause. Ein Jahr vor dem 70. Geburtstag wurden die „Wege der parlamentarischen Demokratie“ eröffnet. Sie führen an die Orte, an denen die Abgeordneten seit 1946 tagten.

Für die Vorstellung des neuen Angebots hatte sich der Landtag einen ganz besonderen Ort ausgesucht: Als am 2. Oktober 1946 die 200 Abgeordneten des ersten Landtags – damals noch ernannt von der britischen Militärregierung – zusammenkamen, lag das Land in Schutt und Asche. Die konstituierende Sitzung fand im Opernhaus statt, einem der wenigen Gebäude in der zerbombten Stadt, in denen die Konstituierung überhaupt möglich war. Die Sitzung – musikalisch gestaltet vom Opernorchester mit Werken von Brahms und Beethoven – markiert den demokratischen Aufbruch nach dem Ende von Nazidiktatur und Weltkrieg.

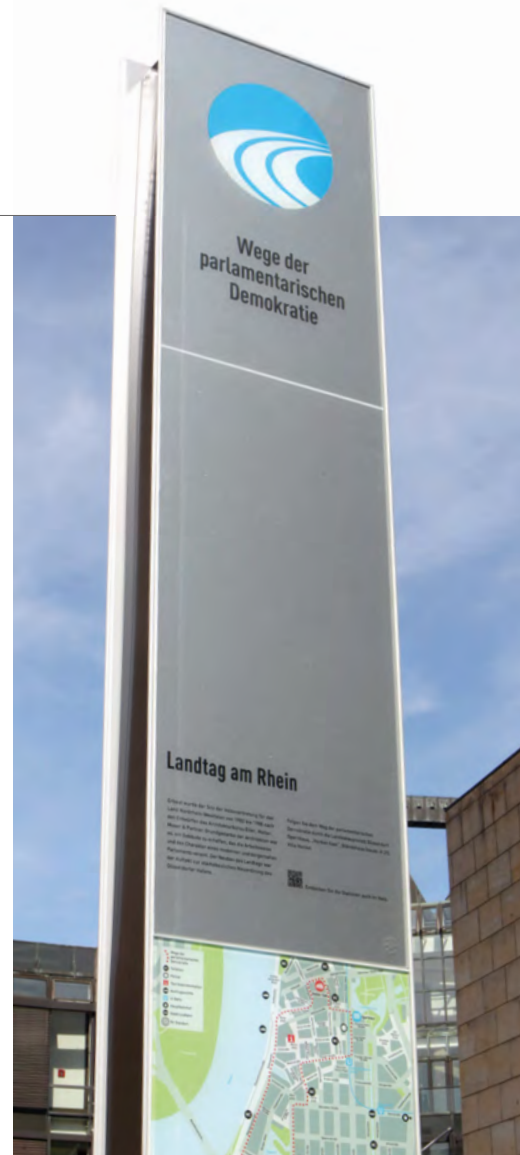
Landtagspräsidentin Carina Gödecke eröffnete die „Wege der parlamentarischen Demokratie“ gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, Thomas Geisel, sowie dem Intendanten der Deutschen Oper am Rhein, Prof. Christoph Meyer. Alle drei hoben die enge Verbundenheit zwischen der Landeshauptstadt und dem Landtag hervor. Und Oberbürgermeister Geisel zeigte sich davon überzeugt, dass die „Wege der parlamentarischen Demokratie“ ein „touristisches Highlight“ in der Stadt werden.

Sie erinnern in einem Rundgang entlang des Rheins und durch die Altstadt an alle Orte, an denen der Landtag seit 1946 getagt hat. An jeder der insgesamt fünf Stationen wurden Stelen errichtet, auf denen Interessierte wichtige Informationen zum Standort und dessen geschichtlicher Bedeutung erhalten. Weiterführende Informationen sind jeweils über einen QR-Code abrufbar.

Fünf Stelen in Düsseldorf

Für die Präsidentin ist das Angebot ein „Meilenstein“ – wie sie hervorhob – auf dem Weg, das Informationsangebot des Landtags für die Bürgerinnen und Bürger bis zum 70. Geburtstag im Oktober 2016 zu erweitern. Gegen Ende des Jahres wird im Landtagsgebäude das neue Besucherzentrum eröffnet. In ihm sollen Interessierte mit zeitgemäßen und interaktiven Präsentationstechniken über die Arbeit von Parlament und Abgeordneten informiert werden. 2016 folgt dann die Eröffnung einer Dauerausstellung zur Landtagsgeschichte in der Villa Horion unweit des Landtagsgebäudes.

Der „Weg der parlamentarischen Demokratie“ kann an jeder der fünf Stelen begonnen



Die Stele vor dem Landtagsgebäude am Rhein, heute Sitz des Landesparlamentes.

werden. Wer historisch genau den Spuren folgen will, beginnt an der Oper. Nach der konstituierenden Sitzung zog es die Abgeordneten dann in die Henkelwerke in Düsseldorf-Holthausen. An diese provisorische Zeit erinnert eine Stele vor dem Henkel-Saal an der Ratinger Straße in der Altstadt. Der sogenannte Gesolei-Saal der Henkel-Werke, in dem der Landtag bis 1949 tagte, existiert nicht mehr.

Von der Ratinger Straße geht es weiter zum Ständehaus am Schwanenspiegel, dem heutigen Kunstmuseum K21. 1949 zog der Landtag in das frühere Gebäude des Provinziallandtags der preußischen Rheinlande um. Fast 40 Jahre tagte er hier, bis das Gebäude zu klein wurde. 1981 beschloss der Landtag einen Parlamentsneubau auf dem Gelände des früheren Berger Hafens.

Vom Ständehaus führen die „Wege der Demokratie“ dann zur Villa Horion am Johannes-Rau-Platz. Der frühere Sitz der Staatskanzlei wird seit 2001 vom Landtag genutzt. Schlusspunkt ist das moderne Parlamentsgebäude am Rhein – seit 1988 Sitz des Landtags. *wib*

Eine Karte zu den „Wegen der parlamentarischen Demokratie“ finden Sie auf Seite 20. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.landtag.nrw.de.



Landtagspräsidentin Carina Gödecke eröffnete die „Wege der parlamentarischen Demokratie“ gemeinsam mit Oberbürgermeister Thomas Geisel (l.) und Opern-Intendant Prof. Christoph Meyer. Fotos: Schälte

Hoffnung auf einen festen Job

Experten äußern sich im Sozialausschuss zu Wegen aus der Langzeitarbeitslosigkeit

26. August 2015 – Ein 55-jähriger Mann ohne Berufsausbildung, aber mit Lese-Rechtschreib-Schwäche und womöglich noch einer Vorstrafe. Eine 40-jährige Frau, die schon Jahre aus ihrem erlernten Beruf als Bürogehilfin heraus ist und nach überwindener Suchtkrankheit noch die aus der Privatinsolvenz resultierenden Schulden via Lohnpfändung abtrottern muss. Beide sind arbeitslos und die Wahrscheinlichkeit, dass sich daran etwas ändert, ist gering.

Der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln hatte die Beispiele in einer Stellungnahme für den Sozialausschuss genannt. Dort stand eine Anhörung zum Thema „Langzeitarbeitslosigkeit“ auf der Tagesordnung. Mehr als 300.000 Frauen und Männer sind in NRW davon betroffen. Im Ausschuss ging es um die Frage, wie die Chancen dieser Menschen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden können. Grundlage waren Anträge von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/8655](#)) sowie der FDP ([Drs. 16/6681](#)).

SPD und GRÜNE setzen sich für die Förderung eines dauerhaften sozialen Arbeitsmarkts ein. Das Motto: „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“. Viele Menschen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II („Hartz IV“) beziehen, schafften den Schritt aus der Arbeitslosigkeit nicht mehr alleine. Notwendig sei deshalb eine „echte Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose mit der Möglichkeit einer dauerhaft angelegten Beschäftigung“. Die Finanzierung solle u.a. durch einen „Passiv-Aktiv-Transfer“ erfolgen. Das heißt: Die Kosten für Regelbedarf und Unterkunft sollen als Zuschuss für eine Beschäftigung gezahlt werden.

Die FDP will einen anderen Weg gehen. „Die Erfahrungen zeigen, dass ein sozialer Arbeitsmarkt als einziges Mittel völlig unwirksam ist, um die strukturell verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern“, schreiben die Liberalen in ihrem Antrag. Nur eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt werde mittel- oder langfristig daran etwas ändern. Daher müssten die „Belange der kleinen und mittleren Unternehmen, deren Sorgen bei der Einstellung von Personal, insbesondere wenn es sich um die Teilhabe von Langzeitarbeitslosen handelt, beachtet werden“. Qualifikation sei der „Schlüssel,

der Menschen die Tür in die Arbeitswelt öffnet“. Für bestimmte Zielgruppen böten sich z.B. Teilqualifikationen an.

Der Städtetag NRW empfahl ein „grundlegendes Umsteuern in der Arbeitsmarktpolitik“ und die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts. Dass die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt stets Vorrang vor öffentlich geförderter Beschäftigung habe, stehe dem nicht entgegen. Die Einführung des „Passiv-Aktiv-Transfers“ und eine bessere finanzielle Ausstattung der Jobcenter seien sinnvoll. „Der Vorrang der Vermittlung in den allgemeinen Arbeitsmarkt vor einer geförderten Beschäftigung ist selbstverständlich“, bestätigte Prof. Dr. Matthias Knuth (Institut für Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg-Essen) in seiner Stellungnahme. Das eine schließe das andere aber nicht aus.

„100.000 ohne Chance“

Trotz vielfältiger Angebote erreiche man nicht alle „marktfernen“ Langzeitarbeitslosen, so die Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektion NRW). Diese Menschen würden von einem sozialen Arbeitsmarkt profitieren. Die Freie Wohlfahrtspflege geht davon aus, dass rund 100.000 Menschen in NRW mittel- bis langfristig keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Für besonders benachteiligte Langzeitarbeitslose müsse die „Möglichkeit einer langfristigen öffentlich geförderten Beschäftigung“ bestehen. So sah es auch der Diözesan-Caritasverband. Teilqualifizierungen, wie sie die FDP vorschläge, ließen sich mit öffentlich geför-

derter Beschäftigung kombinieren. Der Antrag der Regierungsfractionen gehe in die richtige Richtung.

Nach Ansicht von „Unternehmer NRW“, der Landesvereinigung der Unternehmensverbände, ist eine dauerhaft öffentlich geförderte Beschäftigung dagegen nicht zielführend, „da so Fehlanreize gesetzt werden, reguläre Arbeitsplätze des ersten Arbeitsmarkts verdrängt werden könnten und die Finanzierung durch das Konzept des Passiv-Aktiv-Transfers systematisch zweifelhaft ist“.

Der Arbeitsplatz entscheide nicht nur über das Einkommen, sondern auch über die Möglichkeiten sozialer Teilhabe, so der Paritätische NRW. Auch schwer vermittelbare Arbeitslose hätten ein Recht auf Erwerbsarbeit. Wenn es der erste Arbeitsmarkt nicht schaffe, diese Menschen einzubinden, müsse der Staat Hilfen anbieten.

Der DGB Bezirk Nordrhein-Westfalen kritisierte Mittelkürzungen bei den Jobcentern. Es sei wichtig, die Weiterbildungsförderung der Jobcenter zu stärken. Einem Teil der Langzeitarbeitslosen könne aber auch durch einen sozialen Arbeitsmarkt geholfen werden. Er sei aber „kein Allheilmittel“.

zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.



Agentur für Arbeit

Foto: Schälte

Schlag auf Schlag

Meinungen zum Schwerpunkt „Langzeitarbeitslosigkeit“

[Michael Scheffler](#)
(SPD)



[Peter Preuß](#)
(CDU)



Langzeitarbeitslosigkeit ist ...

... eine Herausforderung. Dieser begegnet NRW mit dem Projekt „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ aktiv. Bei diesem Thema ist es wichtig, dass der Bund weiterhin mitzieht. Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sind neben den bereits erfolgten Maßnahmen vor allem mehr Geld und bessere Rahmenbedingungen nötig. Die Kürzungen aus der Vergangenheit müssen zurückgenommen werden.

... vor dem Hintergrund einer boomenden Konjunktur und insgesamt sinkender Arbeitslosenzahlen nicht hinnehmbar. Für die Betroffenen bedeutet Langzeitarbeitslosigkeit den Verlust einer Perspektive. Den eigenen Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft sichern zu können, wirkt sich auch auf die gesellschaftliche Teilhabe bis hin zur Gesundheit aus.

Die bisherigen Förderprogramme der Jobcenter ...

... sind nicht flexibel genug. Sie sind unzureichend, um die Menschen in ihrer individuellen Situation zu erreichen. Eines unser langfristigen Ziele ist, möglichst für alle Erwerbsfähigen eine gute Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. Deshalb initiiert NRW zusammen mit den Jobcentern seit 2013 Projekte auf dem öffentlich geförderten Sektor.

... führen offensichtlich nicht zu dem gewünschten Erfolg. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist in NRW höher als in den anderen Bundesländern. Gleichzeitig sind die Erfolge bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ernüchternd. Wir müssen über Teilqualifizierungen und Begleitung dieser Menschen die Möglichkeiten für Teilhabe am Arbeitsleben intensivieren.

Ein sozialer Arbeitsmarkt ...

... ermöglicht es, auch schwer zu vermittelnde Menschen wieder in Lohn und Brot zu bringen. Wer trotz intensiver Förderung nicht integriert werden kann, erhält durch einen sozialen Arbeitsmarkt die Chance auf Erwerbsbeteiligung und soziokulturelle Teilhabe. Das wirkt sozialen Ausgrenzungs- und Verarmungsprozessen entgegen und erhöht die persönliche Lebensqualität.

... kann eine Zukunftsperspektive für Langzeitarbeitslose schaffen. Die Frage ist nur, in welcher Form das wirksam und finanzierbar geschehen kann, ohne einen geschlossenen zweiten Arbeitsmarkt zu installieren. Öffentlich geförderte Beschäftigung darf nicht die Chance auf einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt verbauen. Bund und Länder stehen hier gleichermaßen in der Verantwortung.

Die Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen ...

... ist uns wichtig. Sie erfordert Fachwissen, Fingerspitzengefühl und Flexibilität. Deshalb brauchen die Jobcenter beispielsweise unbedingt mehr Personal, um diese Aufgabe erfüllen zu können. Die Landesregierung hat bereits große Schritte in die richtige Richtung unternommen. Nun muss jedoch der Bund folgen.

... muss den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Dafür müssen wir die Ursachen genau in den Blick nehmen. Langzeitarbeitslosigkeit kann nur durch Prävention und ein Maßnahmenpaket verringert werden, das auf die einzelnen Vermittlungshemmnisse und eventuell fehlenden Qualifikationen der Betroffenen abgestimmt ist.

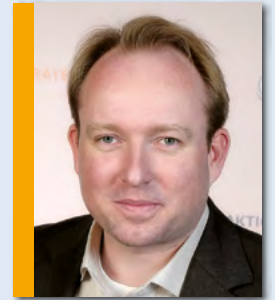
[Martina Maaßen](#)
(GRÜNE)



[Ulrich Alda](#)
(FDP)



[Torsten Sommer](#)
(PIRATEN)



... eine sehr schwierige Lebenssituation für die betroffenen Menschen und eine gesellschaftliche Herausforderung. Zu den Folgen für die Einzelnen gehören insbesondere die finanzielle Lage, geringe Möglichkeiten der sozialen Teilhabe, häufig gesundheitliche Beeinträchtigungen, Perspektivlosigkeit, Gefahr von Altersarmut und das individuelle Empfinden, nicht mehr gebraucht zu werden.

... ein Problem, das leider in NRW bisher nicht wirksam angegangen worden ist. Jeder dritte Langzeitarbeitslose in Deutschland lebt in NRW. Das sind über 300.000 Menschen, denen aufgrund dieser hohen verfestigten Arbeitslosigkeit Lebensperspektiven fehlen. Die Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Landesregierung hat hier versagt.

... ein deutliches Zeichen dafür, dass das System Hartz IV auf ganzer Linie gescheitert ist. Speziell die Sanktionen entwickeln keine nachweisbare Steuerungswirkung. Wo es keine passenden Arbeitsstellen gibt, kann man auf den Arbeit suchenden Menschen so viel Druck ausüben, wie man möchte, er wird keine Arbeitsstelle finden können.

... sind leider in den letzten Jahren immer mehr gekürzt worden. Sie konzentrieren sich auf „noch arbeitsmarktnahe“ Personen, für die mit wenig Unterstützungsbedarf eine Integration in den Arbeitsmarkt möglich scheint. Hier ist dringend ein Umdenken erforderlich. Die finanziellen Mittel müssen spürbar aufgestockt werden, und der Fokus muss stärker auf Menschen mit besonderen Schwierigkeiten liegen.

... sind vielfältig, sie zielen aber aufgrund von Fehlanreizen oft eher auf kurzfristige Erfolge und konnten den Sockel der Langzeitarbeitslosigkeit nicht wirklich abbauen. So gehen etliche Qualifizierungsmaßnahmen an den Erfahrungen und grundlegenden Vermittlungshemmnissen der Arbeitslosen vorbei.

... sind größtenteils wirkungslos und zu teuer. Immer neue Programme helfen weder den Arbeit suchenden Menschen, noch den Jobcentern. Es braucht ein dauerhaftes, umfassendes Förderungssystem, das es den Jobcentermitarbeitern ermöglicht, auf den einzelnen Arbeit Suchenden einzugehen. Wir müssen weg vom Gegeneinander und hin zum Miteinander zwischen Jobcenter und Arbeit suchenden.

... und öffentlich geförderte Beschäftigung sind unverzichtbare Instrumente, um Perspektiven und Chancen für langzeitarbeitslose Menschen zu eröffnen – hin zur Inklusion in den Arbeitsmarkt. Zukünftig sollen privat-gewerbliche Unternehmen stärker eingebunden werden und eine Förderung über mehr als zwei Jahre soll möglich sein. Außerdem muss am Ende einer Förderung immer eine Anschlussperspektive aufgezeigt werden.

... kann eine sinnvolle Hilfe sein, um sonst nur schwer erreichbare Menschen wieder an Arbeit und geregelte Tagesabläufe zu gewöhnen sowie um Grundqualifikationen zu erwerben. Er sollte aber das Ziel haben, den betroffenen Langzeitarbeitslosen einen Zugang in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen, und nicht zu einem teuren und wenig effektiven dauerhaften Sektor werden.

... ist wichtig, um Arbeit suchenden Menschen entsprechende Perspektiven zu geben. Hier können normale Wirtschaftsunternehmen ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und gleichzeitig Mitarbeiter gewinnen, ohne die sie in Zukunft nicht auskommen werden. Der sozial geförderte Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Bestandteil für einen funktionierenden Arbeitsmarkt. Aber er ist kein Allheilmittel.

... sind Schlüssel und Chance, die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Es bedarf jedoch auch hier mehr finanzieller Mittel. Die Maßnahmen zur Unterstützung sollten zudem einvernehmlich zwischen Jobcentermitarbeiterinnen und -mitarbeitern und Betroffenen vereinbart werden. Sie sollten auch ein freiwilliges Angebot sein. Die Bedarfslage der Langzeitarbeitslosen muss hier im Vordergrund stehen.

... sollte möglichst im ersten Arbeitsmarkt ohne Vorverurteilung und Misstrauen gegenüber potenziellen Arbeitgebern durchgeführt werden. In Bezug auf die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen können niedrigschwellige Angebote wie zum Beispiel Teilqualifikationen die Chancen auf eine Beschäftigung erhöhen.

... funktioniert nur im Zusammenspiel mit Arbeit Suchenden, Jobcentern und Unternehmen. Dazu muss der Betreuungsschlüssel von aktuell 1 Jobcenter-Mitarbeiter auf 150 Arbeit Suchende auf 1:50 angepasst werden. Anders ist eine nachhaltige Vermittlung und Qualifizierung nicht möglich. Die Unternehmen müssen bei Aus- und Weiterbildung wieder stärker in die Verantwortung genommen werden.



Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Ermäßigungen für Freiwillige

20.8.2015 – Die CDU-Fraktion fordert mehr Anerkennung für Freiwilligendienste. Wer ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert oder sich beim Bundesfreiwilligendienst engagiert, sollte u.a. Vergünstigungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erhalten, heißt es in einem Antrag der Christdemokraten ([Drs.16/8294](#)). Der **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** hat sich in einer Anhörung mit dem Thema beschäftigt. Begrüßt wurde der Antrag von den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, dem Kinder- und Jugendrat NRW, dem Landesjugendring, den Falken und dem Landesarbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr/Bundesfreiwilligendienst. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände riet jedoch ab – Fahrpreis-Ermäßigungen würden zulasten der Kommunen gehen. Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) wies ebenfalls darauf hin, dass die Fahrkarten mit öffentlichem Geld bezuschusst werden müssten.

NSU-Ausschuss vernimmt Zeugen

19.8.2015 – Der **NSU-Untersuchungsausschuss** hat nach der Sommerpause mit der Vernehmung von Zeugen begonnen. Thema der Befragungen war zunächst der Anschlag in der Kölner Probsteigasse vom Januar 2001. Nach seiner konstituierenden Sitzung hatte das Gremium Expertenanhörungen zu verschiedenen Aspekten des Untersuchungsauftrags durchgeführt. Der Ausschuss soll im Zusammenhang mit den Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ mögliches Fehlverhalten nordrhein-westfälischer Behörden untersuchen, darunter der Sicherheits- und Justizbehörden, der Ministerien und der Staatskanzlei. Dabei geht es unter anderem um zwei Sprengstoffanschläge in Köln 2001 und 2004 sowie den Mord an einem Kioskbesitzer in Dortmund 2006. Alle drei Taten werden dem NSU zugeordnet.

„Zeitpolitik“ Thema in Kommission

24.8.2015 – Die **Enquetekommission zur Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen** hat sich in einer Anhörung mit dem Thema „Zeitpolitik“ beschäftigt. Eingeladen waren rund 30 Expertinnen und Experten, die sich zu einem umfangreichen Fragenkatalog äußerten. Darin ging es u.a. um zeitliche Entlastungen, Zeitbedürfnisse alleinerziehender Mütter und Väter, Zeitdruck und Erschöpfungsstörungen sowie flexible Öffnungszeiten von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Dank an Sportler

25.8.2015 – Die Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen hat den **Sportausschuss** des Landtags beschäftigt. Das Gremium dankte parteiübergreifend und ausdrücklich den Sportvereinen und -verbänden für ihre Unterstützung, auch wenn diese mit Einschränkungen für die Sportler verbunden sei. Nach Angaben der Landesregierung wurden zum Stichtag 18. August 2015 landesweit insgesamt 51 Turnhallen als Notunterkunft im Rahmen der Landeserstaufnahmen genutzt. Hintergrund für die Maßnahme sei eine „sprunghafte Entwicklung der Flüchtlingszahlen“, wie es in der Vorlage für den Ausschuss ([Drs. 16/3127](#)) heißt.

Ausschuss berät über „Newpark“

26.8.2015 – Die auch koalitionsinterne Debatte über das Industrieprojekt „Newpark“ im Kreis Recklinghausen hat den **Wirtschaftsausschuss** beschäftigt. Auf Antrag von CDU und FDP berichtete Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) über einen Kompromiss, den die Landesregierung am Vortag beschlossen hatte. In drei Punkten herrsche nun Klarheit: Landwirte könnten die betroffenen Flächen nutzen, bis die Arbeiten für den Industriepark beginnen. Ausgleichsflächen würden geschaffen, und die Städte Datteln und Waltrop müssten Beschlüs-

se zum „Newpark“ fassen. „Ich glaube, dass das vernünftig und tragfähig ist“, sagte der Minister. Die Oppositionsfraktionen von CDU und FDP kritisierten den Kompromiss. Die FDP betonte, mit den unbefristeten Pachtverträgen gingen auch Kündigungsfristen von zwei Jahren einher. Zusammen mit den sowieso zu erwartenden Klagen gegen das Projekt entstünden somit Verzögerungen, die dafür sorgten, dass sich kein Investor mehr für den „Newpark“ interessieren werde. Durch den „sogenannten Kompromiss“ werde das Projekt erneut gefährdet, befürchtet die CDU. Der Auflagenkatalog erschwere die Realisierung des Projekts, Klagen seien programmiert. Die GRÜNEN verwiesen hingegen darauf, dass die bisherigen einjährigen Pachtverträge für die betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe kein Vorteil gewesen seien. Es gebe für die Betriebe nun ein deutliches Mehr an Sicherheit. Die SPD warf der Opposition vor, dass es ihr eher darum gehe, eine „angebliche Uneinigkeit“ im rot-grünen Lager auszunutzen, anstatt das Projekt tatsächlich voranzubringen. Lediglich die PIRATEN verwiesen darauf, dass sie schon in der Vergangenheit gegen den „Newpark“ gewesen seien und die Schaffung neuer Arbeitsplätze bezweifelten.

178 Empfehlungen

31.8.2015 – Nach zwei Jahren Arbeit hat die **Enquetekommission III** („Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen der Schuldenbremse und des demografischen Wandels in der Dekade 2020 bis 2030“) ihren Abschlussbericht vorgelegt. Er enthält 178 Handlungsempfehlungen in sieben Politikbereichen, darunter Bildung, Pflege und Finanzen. Empfehlungen werden beispielsweise mit Blick auf den Zustrom an Flüchtlingen gegeben. Die Kommission sieht darin „neue Chancen für die Abfederung des demografischen Trends“ und fordert, Zuwanderern stärker Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven zu bieten.

Der schmale Grat

Innenausschuss beschäftigt sich mit Vorfällen bei Kölner SEK

27. August 2015 – Wie schmal der Grat zwischen Teambildung und falsch verstandenem Korpsgeist mitunter sein kann, wurde bei einer Sitzung des Innenausschusses deutlich. Konkret ging es um Mobbing-Vorwürfe gegen ein Spezialeinsatzkommando (SEK) des Polizeipräsidiums Köln.

Nach Angaben des Innenministeriums hatte sich ein SEK-Beamter an das Sachgebiet für Beamten- und Disziplinarrecht des Polizeipräsidiums Köln gewandt und über Mobbing in seiner Dienststelle geklagt. Innerhalb des Kommandos sei es üblich gewesen, dass neue Mitglieder eine Probezeit durchlaufen, an deren Ende ein Aufnahme-ritual stehe. So war es auch beim betroffenen „SEK 3“. Bei einer Gemeinschaftsveranstaltung in Südtirol standen demnach allerdings nicht nur sportliche Wettkämpfe auf dem Programm, wie aus einem Bericht der Landesregierung hervorgeht.

Den beiden neuen Kommando-Mitgliedern sei u.a. eine Holzkiste übergeben worden, die sie während der gesamten Veranstaltung nicht loslassen durften. In der Kiste befanden sich, was die beiden jedoch nicht wussten, die für sie vorgesehenen Kommando-T-Shirts und Abzeichen. Mindestens einmal hätten beide mit der Kiste gemeinsam die Toilette aufgesucht. Zudem seien sie aufgefordert worden, sich nachts mit Handfesseln an die Kiste zu ketten. Zurück am Stützpunkt in Brühl habe man ihnen Schnaps und Bier über einen Luftschlauch eingeflößt und sie aufgefordert, ein aus einer Tsatsiki-Knoblauch-Chili-Mischung hergestelltes Eis zu essen. Einer der beiden habe sich dabei übergeben müssen.

„Führungsversagen“

Gregor Golland (CDU) sprach von Ritualen, die nicht den Wertevorstellungen der Polizei entsprächen. Es handle sich um ein „klares Führungs- und Organisationsversagen bis in die Spitze des Polizeipräsidiums“. Nicht „einfache, anständige SEK-Beamte“ hätten versagt, sondern die Führungsebene. Spezialeinsatzkommandos seien Eliteeinheiten, ihr Zusammenhalt wichtig, erklärte Fraktionskollege **Werner Lohn**. Der Kölner Polizeipräsident habe die Gefahren des Elitedenkens offenbar nicht berücksichtigt. „Unverantwortlicher Korpsgeist begünstigt Exzesse“, sagte Lohn.

Monika Düker (GRÜNE) wies auf das Spannungsfeld zwischen Elitestruktur und Korpsgeist hin. Eine strafrechtliche Aufarbeitung sei erfolgt, die disziplinarrechtliche im Gange. Sie habe keinerlei Zweifel, „dass die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden“. Von der CDU habe sie bislang keinen konstruktiven Beitrag gehört.

Teambildung sei bei einem SEK wichtig, erklärte **Hans-Willi Körfges** (SPD), die Mitglieder müssten sich im Ernstfall aufeinander verlassen können. Elitäres Verhalten, Korpsgeist und Druck auf Kollegen seien aber nicht hinnehmbar. Es sei richtig gewesen, die Vorfälle zu melden und sie aufzuarbeiten.

Dirk Schatz (PIRATEN) erinnerte an den Beamten, der die Vorfälle ans Licht gebracht hatte. „Was ist aus dem Beschwerdeführer geworden? Er ist jetzt nicht mehr da, wo er hinwollte.“ Das sei der eigentliche Skandal an der Geschichte.

Innenminister **Ralf Jäger** (SPD) wies ebenfalls auf die Bedeutung der Teambildung innerhalb der Spezialeinsatzkommandos hin. Es bestehe aber die Gefahr, dass aus Teambildung Korpsgeist werde: „Das dulden wir nicht.“ Die Staatsanwaltschaft sei bei ihren Ermittlungen zum Ergebnis gekommen, dass kein strafbares Verhalten vorliege. Gleichwohl müsse aber auch eine moralische Bewertung erfolgen. Die Vorfälle seien deshalb „in keiner Weise“ akzeptabel.

Wolfgang Düren, Abteilungsleiter im Innenministerium: „Es wird Konsequenzen geben.“ Bis geklärt sei, ob die Beschuldigten dauerhaft im SEK bleiben können, sei das Kommando außer Dienst gestellt.

Für Diskussionen im Innenausschuss sorgte ein weiterer Vorfall aus dem Umfeld der Kölner Spezialeinheiten. Dabei ging es um ein Foto, das aktive und ehemalige Führungskräfte auf einem Pylon einer Rheinbrücke zeigt. Die Aufnahme wurde aus einem Polizeihubschrauber

heraus gemacht. Unklar ist, ob dem Einsatz ein dienstlicher oder privater Anlass zugrunde lag, bzw. der dienstliche Anlass nur vorgeschoben war. Auch in diesem Fall übte die Opposition deutliche Kritik. Wer Polizeihubschrauber für private Zwecke nutze, sei charakterlich kaum geeignet, eine Führungsfunktion bei der Polizei wahrzunehmen, sagte **Marc Lürbke** (FDP). *zab*



Foto: Tack

„Eine beeindruckende Solidarität“

Petitionsausschuss – „Kummerkasten“ des Landtags

Ärger mit behördlichen Stellen, beispielsweise mit dem Bauamt oder den Sozialbehörden? In diesen Fällen kann der Landtag helfen. Das Petitionsrecht ist eines der demokratischen Grundrechte eines jeden Bürgers.

In Artikel 17 des Grundgesetzes heißt es: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“ Dieses ist – wie alle anderen im Grundgesetz geschriebenen Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte – Bestandteil der Landesverfassung (Artikel 4 Absatz 1).

Wer sich also von behördlichen Stellen ungerecht behandelt fühlt, kann sich jederzeit an den Petitionsausschuss des Landtags wenden. Das Wort Petition stammt aus dem Lateinischen und bedeutet übersetzt so viel wie Bitte oder Gesuch. Staatliche Stellen sind beispielsweise kommunale Verwaltungen, Finanzämter, die Polizei oder die Schulen und Universitäten des Landes.

Weitgehende Rechte

Das Gremium setzt sich zusammen aus 25 Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Fraktionen. Sie befassen sich mit allen Eingaben von Bürgern, die in den Zuständigkeitsbereich des Landes fallen, und versuchen zwischen Petenten und behördlicher Stelle zu vermitteln und gemeinsame Lösungen aufzuzeigen.

Für Nordrhein-Westfalen räumt Artikel 41a der Landesverfassung dem Petitionsausschuss des Landtags weitgehende Rechte ein. So sind die Landesregierung und die Behörden, soweit sie unter der Aufsicht des Landes stehen, verpflichtet, dem Ausschuss auf sein Verlangen jederzeit Zutritt zu ihren Einrichtungen zu gestatten. Sie müssen darüber hinaus alle erforderlichen Auskünfte erteilen und Akten zugänglich zu machen. In vielen Fällen machen sich die Abgeordneten bei Ortsterminen ein eigenes Bild vom Streitfall – beispielsweise bei Bauangelegenheiten.

Die Bürgerinnen und Bürger können mit ihren Petitionen aber auch Anstöße zur Kontrolle der Verwaltung und in Ausnahmefällen sogar zur Gesetzgebung geben.

Das Petitionsrecht kann jeder in Nordrhein-Westfalen für sich in Anspruch nehmen – und zwar jeden Alters und unabhängig davon, ob er einen deutschen Pass hat oder nicht. Auch Kinder und Jugendliche können sich mit Bitten oder Beschwerden an den Petitionsausschuss wenden.

Die Hürden für eine Petition sind sehr niedrig. Es gibt keine formalen Vorgaben – jeder soll sein Anliegen so vortragen können, wie er es sieht. Allerdings müssen die Eingaben schriftlich an den Petitionsausschuss gerichtet werden, mit Namen, Adresse und Unterschrift.

Möglich sind auch Sammelpetitionen, wenn sich mehrere oder viele Bürgerinnen und Bürger über dasselbe Problem geärgert haben – beispielsweise Bürgerinitiativen, Vereine oder Schulklassen. Auch hier reichen der Name, die Adresse und die Unterschrift einer Person, die die Interessen der Gruppe vertritt. Anonyme Petitionen werden nicht bearbeitet.

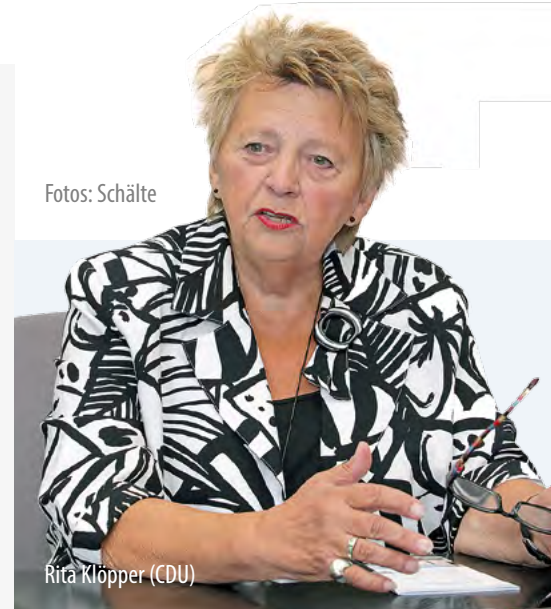
Der Petitionsausschuss des Landtags ist per Post zu erreichen unter: Landtag Nordrhein-Westfalen – Petitionsausschuss – Postfach 101143 – 40002 Düsseldorf. Petitionen können auch per E-Mail eingereicht werden an: petitionsausschuss@landtag.nrw.de.

Zudem gibt es auf der Internetseite des Landtags ein vorbereitetes [Formular](#), das online ausgefüllt und dann abgesendet werden kann: www.landtag.nrw.de.

Auf den Internetseiten gibt es unter der Rubrik [Petitionen](#) zudem weitere Informationen zum Ausschuss und seiner Arbeit – u.a. ein Video.

Fragen beantwortet der Ausschuss unter: (0211) 884-2134 oder -2299.

Fotos: Schälte



Rita Klöpfer (CDU)

Ärger mit Behörden? Der Petitionsausschuss ist Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger und hilft. Landtag Intern sprach mit [Rita Klöpfer](#) (CDU), der Ausschussvorsitzenden, und [Inge Howe](#) (SPD), der stellvertretenden Vorsitzenden, über die Arbeit und ihr gemeinsames Herzensanliegen – Petitionen von Kindern und Jugendlichen.

Frau Klöpfer, Frau Howe, haben Sie sich persönlich schon einmal von einer Behörde ungerecht behandelt gefühlt?

Rita Klöpfer: Natürlich. Ich denke, jeder wird das in irgendeiner Form schon einmal erlebt haben. Die meisten Dinge lassen sich aber im direkten Gespräch klären. Wenn ich Ärger mit Behörden habe, gehe ich zuerst einmal zu dem betreffenden Sachbearbeiter und sage: Gucken Sie doch bitte noch einmal drüber, das kann nicht stimmen. Wenn er dann trotzdem dabei bleibt, dann geht es schon langsam in Richtung Petitionsausschuss. Es ist schließlich wichtig, dass Behörden und Bürger vernünftig miteinander auskommen. Sonst funktioniert unser ganzes System ja nicht.

Inge Howe: Ganz konkret: Als wir gebaut haben, da wollten wir gerne eine Doppelgarage haben. Ich wohne im ländlichen Raum und da hat man gezwungenermaßen einen zweiten Pkw. Es gab Probleme mit der Baubehörde, die sagte: Eine Garage reicht, eine zweite ist nicht notwendig. Nach dem schriftlichen Antrag kam die schriftli-

ität unter Kindern“

che Ablehnung, danach suchten wir das persönliche Gespräch.

Und, das Ergebnis?

Howe: Wir konnten das regeln. Wir hätten die zweite Garage bauen dürfen, haben uns dann jedoch für einen Carport entschieden. Oft ist es aber so, dass sich die Betroffenen vor Ort derart zerstritten haben, dass der Petitionsausschuss die letzte Rettung ist. In unserer Landesverfassung gibt es den Artikel 41a, er gewährt dem Petitionsausschuss besondere Rechte. Wir können beispielsweise Termine vor Ort machen, um uns die Sache anzuschauen. Gerade im Bau-recht erzielen wir bei Ortsterminen gute Erfolge.

Klöpper: Wir können Dinge versachlichen. Mitunter haben sich die Beteiligten bis aufs Blut bekämpft. Wenn sie sich aber gegenüber-sitzen und in die Augen blicken, wird vieles leichter. Dann sieht man: Auf einmal wird so-gar gelächelt.

In gewisser Weise sind die Ausschussmitglieder demnach Mediatoren.

Howe: Das stimmt. Wir versuchen, die Beteiligten an einen Tisch zu bekommen und allen Seiten gerecht zu werden. Alle bemühen sich dann, Emotionen zurückzustellen und in einer sachlichen Diskussion zu einer Lösung zu kommen.

Klöpper: Ein Beispiel: Wegen eines anderen Ter-mins kam ich einmal eine Viertelstunde zu spät zu einem Ortstermin. Als ich dann da war, hatte sich der Streit schon erledigt.

Besonders am Herzen liegt Ihnen, dass das Petitionsrecht auch für Kinder und Jugendliche gilt. Warum?

Klöpper: Wir wünschen uns, dass sich junge Leute in die politische Debatte einbringen. Und dass sie sich Gedanken machen über wichtige Themen unserer Gesellschaft. Wie ernsthaft sie an Politik herangehen, zeigt sich beispielswei-se beim Jugend-Landtag. Und Kinder werden heutzutage vielmehr als in früheren Zeiten von ihren Eltern dazu erzogen, sich eine eigene Mei-nung zu bilden.

Howe: Es gibt Informationsmaterial über den Ausschuss, das ist jedoch sprachlich auf Er-wachsene ausgerichtet. Kinder aber haben ihre eigene Sprache und auch sie sollen verstehen,

was sie lesen. Wir werden deshalb künftig auch kindgerechtes Informationsmaterial anbieten. Ich glaube, das stärkt die Kinderrechte. Und das ist uns als Parlament sehr wichtig.

Mit welchen Anliegen können sich Kinder und Jugendliche an den Petitionsausschuss wenden? Könnten sie sich über Lehrer beschweren?

Klöpper: Wie bei den Erwachsenen mit allen Problemen, die sich im Umgang mit Behör-den ergeben. Es gab beispielsweise bereits Pe-titionen wegen Problemen bei der Vergabe von Schulnoten. Das ist ein Anliegen, mit dem wir uns natürlich beschäftigen.

Howe: Ein aktuelles Thema sind Flüchtlingsfra-gen. Da reichen Kinder einer Schulklasse eine Petition ein, weil ein Mitschüler ausgewiesen werden soll. Es ist beeindruckend, was sie schrei-ben und welche Solidarität dabei zutage tritt. Natürlich werden Petitionen von Kindern genauso ernst behandelt wie die von Erwachsenen.

Wie viele Petitionen erreichen den Ausschuss im Jahr?

Klöpper: Das sind Wellenbewegungen. Meist sind es zwischen 4.000 und 5.000. Im Gegen-satz zu sogenannten privaten Petitionsplattfor-men im Internet geht es bei uns immer nur um den einen Fall, deshalb können wir auch mehr für die Menschen tun. Darauf haben sie einen Rechtsanspruch. Außerdem kostet es keinen Cent, wenn man das Parlament anruft.

Howe: Und bei diesen Plattformen ist nicht si-chergestellt, dass eine Petition das Parlament auch tatsächlich erreicht. Wird die Petition an den Petitionsausschuss geschickt, erreicht jedes Anliegen direkt den Landtag und wird bearbeitet.

Worum geht es in den Petitionen?

Howe: Schwerpunkte sind die Bereiche Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Klöpper: Ich denke, dass uns auch das Thema „Flüchtlinge“ stärker beschäftigen wird.

Man bezeichnet den Petitionsausschuss zuweilen als „Kummerkasten“. Im Grunde sind Sie aber auch ein „Pulsmesser“ der Gesellschaft.

Klöpper: Das stimmt, ich nenne den Ausschuss auch oft einen Seismografen. Wir wissen über die Gesellschaft Bescheid und wie sich Men-schen in ihrem Denken verändert haben.



Inge Howe (SPD)

Howe: In den Petitionen spiegelt sich die ganze Bandbreite der Gesellschaft wider. Menschen mit geringem Einkommen wenden sich an uns, aber auch Unternehmer, die beispielsweise mit der Parksituation vor ihrem Geschäft un-zufrieden sind. Jeder, der eine Eingabe macht, bekommt von uns auch eine Antwort. Die Men-schen sollen merken, dass sie ernst genommen werden.

Bekommen Sie auch Dankeschreiben?

Klöpper: Ja, durchaus.

Howe: Wir merken aber auch vor Ort, dass die Menschen dankbar und überrascht sind, wenn wir uns um ihre Anliegen kümmern. Es wird positiv wahrgenommen, dass sich auch haupt-amtliche Politiker nicht von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt haben.

Wie funktioniert die Arbeit im Ausschuss?

Klöpper: Nordrhein-Westfalen steht mit seinem Petitionsausschuss richtig gut da. Wir sind 25 Ausschussmitglieder und können uns indivi-duell mit jedem Fall beschäftigen. Das macht viel Arbeit. Aber wir arbeiten in vollstem Ver-trauen miteinander. Unsere Ortstermine sind eine Besonderheit, die von großem Vorteil ist. Zudem fassen wir alle Beschlüsse zu Pe-titionen vor dem Hintergrund des geltenden Rechts einstimmig. Parteipolitik spielt bei uns keine Rolle.

Howe: Bei uns stehen die Belange der Bürgerin-nen und Bürger im Vordergrund. Beschlüsse werden parteiübergreifend und einvernehmlich gefasst, das ist nicht in allen Bundesländern so.

Das Interview führten Michael Zabka und Wibke Busch

AUS DEN FRAKTIONEN

Hochkarätiges Wirtschaftsforum der SPD-Fraktion mit großem Zuspruch

Die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen stand am 1. September im Mittelpunkt des Wirtschaftsforums der SPD-Fraktion im Landtag NRW. In der Alten Federnfabrik auf dem Düsseldorf Areal Böhler diskutierten mehr als 400 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, unter ihnen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), DGB-Chef Reiner Hoffmann, Evonik-Vorstandsvorsitzender Klaus Engel und Deutschlands Internetbotschafterin Gesche Joost. Gemeinsam debattierten sie unter der Überschrift „Stark durch Innovation und Fortschritt – In NRW entscheidet sich Deutschlands Zukunft“.

Das hochkarätig besetzte Wirtschaftsforum war der Auftakt einer neuen Veranstaltungsreihe. Gute Voraussetzungen

waren für Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW, der große Zuspruch und die rege Beteiligung, „um genau diesen Dialog zwischen Unternehmensleitungen, Gewerkschaften, Betriebsräten und Politik auch mit Leben zu füllen. Nordrhein-Westfalen ist das wirtschaftliche Kraftwerk Deutschlands und die Wirtschaft in NRW erwartet eine glänzende Zukunft.“ Im internationalen Vergleich

gehört das Land zu den Top 20 der Wirtschaftsregionen. Mit großem Abstand ist es Investitionsstandort Nummer eins in Deutschland. „Gleichwohl wissen wir auch um die Struktur Schwächen, die einige Regionen unseres Landes noch immer belasten, und die sozialen Probleme, die damit einhergehen“, sagte Norbert Römer weiter. Durch den Strukturwandel sei die nordrhein-westfälische Wirtschaft im ständigen Um- und Aufbruch. Für die SPD-Fraktion ist das ein herausfordernder Prozess, „den wir weiter gestalten werden. Denn: In NRW entscheidet sich Deutschlands Zukunft“, so Norbert Römer entschlossen. ■



Konzept statt Krisenmodus in der Flüchtlingspolitik

Die für 2015 prognostizierte Anzahl von bis zu 200.000 Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen stellt eine immense Herausforderung für alle staatlichen Ebenen dar. Bund, Land und Kommunen stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft. „Die am stärksten betroffene Ebene sind unsere Städte und Gemeinden, die den Flüchtlingen eine Heimat geben wollen. Sie werden dabei von der Landesregierung mit immer neuen Aufgaben überfordert. Damit die Kommunen diese Aufgaben überhaupt wahrnehmen können, ist es notwendig, dass die Landesregierung die Kommunen endlich organisatorisch und finanziell entlastet“, erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-



André Kuper (CDU)

Landtagsfraktion, André Kuper. Die nordrhein-westfälische Landesregierung muss ihrer eigenen Verantwortung gerecht werden und die Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Flüchtlingen verbessern. Ansonsten gerät der gesellschaftliche Konsens für diese humanitäre Aufgabe in Gefahr. Die CDU-Landtagsfraktion hat daher ein Konzept zur Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen entworfen. „Damit geben wir Antworten auf die akuten Fragen für eine bessere Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen“, so Kuper.

Das CDU-Konzept sieht eine straffere Koordination durch einen Krisenstab, eine Reorganisation der Erstaufnahme, eine 100-prozentige

Kostenübernahme und organisatorische Unterstützung der Kommunen sowie konkrete Instrumente für eine vorausschauende Integrationspolitik vor. Praxisentscheidend sei es außerdem, schneller und konsequenter zwischen Flüchtlingen mit und ohne Bleibeperspektive zu unterscheiden – auch durch räumliche Trennung, so Kuper weiter. „Das beschleunigt Verfahren und erleichtert die Integration anerkannter Flüchtlinge. Diese Maßnahmen kann die Landesregierung unverzüglich umsetzen, auch unabhängig vom Verhalten des Bundes.“ ■



Die Landtagsfraktion
CDU

Freies Netz auch für Geflüchtete

Ein Internetzugang – für viele Menschen in NRW selbstverständlich. Tausende von Geflüchteten sehnen sich allerdings in ihren Unterkünften danach. Denn gerade für sie ist das Internet eine der wenigen Möglichkeiten, um mit der Heimat in Kontakt zu bleiben.

Wir GRÜNE wollen allen Menschen ermöglichen, von den Vorzügen der Digitalisierung zu profitieren. Deshalb sind wir Teil der Freifunk-Bewegung, die eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit angeht: die Sicherstellung digitaler Teilhabe für alle.



Um die Freifunk-Idee zu unterstützen und breiter bekannt zu machen, besuchten die Abgeordneten der GRÜNEN Fraktion auf Initiative von Matthi Bolte, Sprecher für Datenschutz und Netzpolitik, am 20. und 21. August Freifunk-Initiatoren und Freifunker in ganz NRW.

Mehrdad Mostofizadeh, Fraktionsvorsitzender: „Wir unterstützen besonders die Initiativen, die Flüchtlings-einrichtungen mit Freifunk ausstatten. Dass Menschen, die auf der Flucht waren, ein Lebenszeichen schicken und empfangen wollen, kann wohl jeder nachempfinden.“

Mit unserer Aktion wollen wir auf das Potenzial des Bürgernetzes aufmerksam machen. Im Landtag haben wir im Juni einen [Antrag](#) beschlossen, in dem die Landesregierung zur finanziellen und ideellen Unterstützung der Freifunk-Initiativen aufgefordert wird. Zudem soll ermöglicht werden, dass Freifunk-Router in landeseigenen Liegenschaften aufgestellt werden. Auf unserer Homepage gibt es eine Liste, vor und in welchen GRÜNEN Büros vor Ort via Freifunk gesurft werden kann: <http://gruene.fr/ig>



Schulpolitischer Kongress – Beste Bildung durch mehr Freiheit für unsere Schulen

Wie kann man die Bildungsqualität an Schulen weiter stärken? Darüber debattierte die FDP-Fraktion beim Kongress „Für die beste Bildung der Welt – mehr Freiheit für unsere Schulen“. Dr. Gerhard Papke, Vizepräsident des NRW-Landtags, betonte: „Es ist unser Ziel, beste Chancen in der Bildung zu ermöglichen.“ Dazu müssten alle Kinder entsprechend ihrer Talente gefördert werden. Beim Schulkongress schaute die Fraktion über den Tellerrand. In den Niederlanden werden bereits gute Erfahrungen mit selbstständigeren Schulen gemacht. Können wir von den Nachbarn lernen? Drs. Bob van de Ven (Vorsitzender des Niederländischen Forums für Bildungsmanagement) erläuterte, wie Schulfreiheit im Nachbarland funktioniert und wie sich die Zufriedenheit von Schülern und Lehrern dadurch verbessert hat. Auch in Hes-



sen, wo die Schulfreiheit unter liberalen Kultusministerinnen gestärkt wurde, haben sich Erfolge gezeigt. Nicola Beer, Kultusministerin a. D., betonte, dass der Weg zu mehr Schulfreiheit nicht ohne intensive Diskussionen vollzogen wurde. Als erfolgreich hätten sich zwei wichtige Bedingungen erwiesen: Freiwilligkeit und

unterschiedliche Stufen der Selbstständigkeit. Bildungsforscher Prof. Wilfried Bos von der TU Dortmund hat sich nach dem Pisa-Schock mit Ursachen der unterschiedlichen Lernerfolge befasst. Internationale Vergleiche lassen demnach den Schluss zu, dass mehr Autonomie und weniger Bürokratie eine gute Idee für Bildungsqualität sind. „Mit dieser erfolgreichen Auftaktveranstaltung beginnen wir den Dialog mit allen Beteiligten hin zu mehr Schulfreiheit“, bekräftigte Yvonne Gebauer, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion.



Neuer Vorstand voraus



v.l.n.r.: Michele Marsching, Hanns-Jörg Rohwedder, Simone Brand, Marc Grumpy Olejak, Frank Herrmann

Mit einem neuen Vorstand stellen wir uns neu auf. Die Fraktion hat Michele Marsching zum Vorsitzenden gewählt. Seine drei gleichberechtigten Stellvertreter sind Simone Brand, Frank

Menschen im Land zeigen, was wir können und für welche Themen wir stehen: Bürgerrechte, Transparenz und mehr Demokratie. Wir sind die Partei der Digitalen Revolution. In Zukunft

Herrmann und Hanns-Jörg Rohwedder. Als Parlamentarischer Geschäftsführer wurde Marc Grumpy Olejak wiedergewählt. Großer Dank ging einstimmig an Joachim Paul, der in den vergangenen drei Jahren die junge Fraktion aufgebaut und geführt hat. Auf dieses Fundament wird der neue Vorstand aufbauen.

Es ist Zeit für einen Aufbruch. Wir werden den

werden wir manch eigenwilliges Demokratieverständnis, Hinterzimmerpolitik und den falschen Umgang mit dem Bürgerwillen noch lauter kritisieren.

Wir haben in den vergangenen drei Jahren viel erreicht und viele Schwerpunkte rund um eine digitale Reform gesetzt. Im Sinne einer zukunftsweisenden Digital-Politik treiben wir die Landesregierung vor uns her – heute und auch morgen. Denn: Piraten werden gebraucht, auch in diesem Landtag!



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Bürokratieabbau in den Kommunen durch Standardisierung und Deregulierung; Antragsrecht für kommunale Spitzenverbände | [Drs. 16/8649](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Regionaler Flächennutzungsplan Verlängerung der Befugnis der Planungsgemeinschaft Ruhr (Zweites Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW) | [Drs. 16/8458](#) | FDP | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | 1. Lesung 29.4.2015 | schriftliche Anhörung

Beteiligung und Mitbestimmung aller Kinder in Kindertageseinrichtungen (Änderung des Kinderbildungsgesetzes) | [Drs. 16/8446](#) | PIRATEN | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | Anhörung 17.9.2015

Aktualisierung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung vom 10.2.1998 (Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes) | [Drs. 16/8293](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Schutz der nordrhein-westfälischen Kommunen vor Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften | [Drs. 16/8131](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | Anhörung 11.9.2015

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene Erweiterung der Öffentlichkeit der Sitzungen kommunaler Vertretungen | [Drs.16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW Abwehr von Gefahren, die von dem Halten sog. Exoten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen | [Drs.16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes um die Möglichkeit der Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge. Der Einzelne soll nicht durch einen einmaligen Beitrag enorm belastet werden, sondern die Belastung verteilt sich | [Drs.16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung Verpflichtung, bei einer Verfassungsänderung einen Volksentscheid durchzuführen | [Drs.16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz über die Stiftung von Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen Aus bislang zwei Gesetzen soll eines werden | [Drs. 16/8933](#) | Landesregierung | 1. Lesung 24.6.2015 | Überweisung an den Innenausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes NRW | [Drs. 16/8934](#) | Landesregierung | 2. Lesung 2.9.2015 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes | [Drs. 16/9578](#) | CDU | 1. Lesung 2.9.2015 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Änderung gesetzlicher Befristungen im Zusammenhang mit der ländlichen Bodenordnung | [Drs. 16/9078](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.9.2015 | Überweisung an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Achtes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales | [Drs. 16/9079](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.9.2015 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag | [Drs. 16/9516](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.9.2015 | Überweisung an den Hauptausschuss

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen | [Drs. 16/9517](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.9.2015 | Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik

Gesetz über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung sowie zur Änderung des Gesundheitsdatenschutzgesetzes | [Drs. 16/9518](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.9.2015 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes | [Drs. 16/9519](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.9.2015 | Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik

Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte | [Drs. 16/9520](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.9.2015 | Überweisung an den Rechtsausschuss | 23.9.2015 erste Beratung im Rechtsausschuss | 20.10.2015 Sachverständigenanhörung

Gesetz über die Abschiebungshaft sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Gesetzes zur Ausföhrung des Asylbewerberleistungsgesetzes | [Drs. 16/9521](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.9.2015 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9568](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.9.2015 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Haushaltsgesetz 2016 | [Drs. 16/9300](#) | Landesregierung | 1. Lesung 3.9.2015 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 und Änderung des Stärkungspaktgesetzes | [Drs. 16/9302](#) | Landesregierung | 1. Lesung 3.9.2015 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Wilhelm Lenz – der praktizierende Demokrat

Der ehemalige Landtagspräsident starb am 21. Juli 2015 im Alter von 94 Jahren

Als Wilhelm Lenz am 29. Mai 1980 aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen ausschied, verabschiedeten ihn die Abgeordneten mit anhaltend starkem Beifall. Damit würdigten die Parlamentarier einen Mann, der 22 Jahre lang als politischer Vertreter der Bevölkerung im Parlament tätig war, davon acht Jahre als Vorsitzender der CDU-Fraktion (1962 bis 1970).

Als Landtagspräsident (1970-1980) zeichnete sich der Kölner in den politisch angespannten 1970er-Jahren durch ein hohes Maß an Diplomatie und Fairness aus. Mit seiner Persönlichkeit und seiner noblen und zugleich pragmatischen Haltung verstand er es, ausgleichend in konfliktträchtigen Zeiten zu wirken. Sich selbst nannte er bescheiden einen praktizierenden Demokraten.

Mit 37 Jahren war der Geschäftsführer des Deutschen Beamtenbundes 1958 in den Landtag eingezogen. Der Vater von fünf Kindern, der einst als junger Philologe eine sprachwissenschaftliche Doktorarbeit über Georg Büchner geschrieben, später an einer privaten Abendschule Deutsch, Englisch und Geschichte gelehrt und davon geträumt hatte, Publizist zu werden, gewann bald schon politisches Profil.

Verdienste hat er sich u.a. um die Parlamentsreform erworben: Das Instrumentarium wurde durch die Einführung von Fragestunden, Aktuellen Stunden und Öffentlichen Anhörungen erweitert und beweglicher. Die parlamentarische Demokratie müsse bürgernah sein, überschaubar und durchschaubar für die Bürgerinnen und Bürger. Gemäß seinem Motto „Publizität ist lebenswichtig für die Demokratie“ setzte sich der pressefreundliche Lenz für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments ein. Während seiner Präsidentschaft wurden zudem wichtige Weichen für den Bau des neuen Landtagsgebäudes am Rhein gestellt. Lenz wollte ein transparentes Haus für die Bürgerinnen und Bürger – ein modernes und funktionsgerechtes Parlamentsgebäude, „um modern politisch wirken zu können“.

Er stritt für die Funktionsfähigkeit des Parlaments und half, dessen Informationsmöglichkeiten zu verbessern und

den sich stets weiterentwickelnden Aufgaben anzupassen. Dazu gehörte die Verbesserung des Informationsflusses für die Abgeordneten – einschließlich einer modernen Datentechnik.

Die Parlamentarier forderte er auf, offensiver für den Staat einzutreten und die parlamentarische Demokratie sowie die gemeinsamen Werte

Menschlichkeit, Toleranz und Sachgerechtigkeit mit Selbstbewusstsein und Optimismus überzeugend und geduldig zu vertreten.

Wilhelm Lenz ist am 21. Juli 2015 im Alter von 94 Jahren gestorben. Landtagspräsidentin Carina Gödecke würdigte ihn als aufrechten und engagierten Demokraten. *hz*

Würdigung eines politischen Lebens

Landtag gedenkt seines früheren Präsidenten

2. September 2015 – Mit einer Gedenkstunde hat der Landtag an seinen verstorbenen früheren Präsidenten Dr. Wilhelm Lenz erinnert. Landtagspräsidentin Carina Gödecke würdigte den Christdemokraten als „einen herausragenden Politiker unserer Landesgeschichte“. Sie betonte insbesondere seinen Einsatz für den Neubau des Parlamentsgebäudes am Rhein, das seine Handschrift trage.

CDU-Fraktionschef Armin Laschet hob die Verdienste von Dr. Lenz als Vorsitzender der christdemokratischen Fraktion hervor. Der

fünffache Familienvater habe großen Anteil daran gehabt, dass die Partei in den 1970er-Jahren wieder politisch stärkste Kraft geworden sei.

Als politischer Weggefährte von Dr. Lenz sprach der frühere Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klose. Er habe das politische Verantwortungsbewusstsein des früheren Präsidenten stets mit „hohem Respekt“ verfolgt, ihm sei es nicht nur um Fragen des politischen Alltags gegangen. Er habe als „Vordenker“ zukunftsweisende Überlegungen entwickelt.



Foto: Schälte

Kurz notiert

Datenschutzbeauftragte

Helga Block ist neue Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes NRW. Der Landtag wählte die bisherige Landeswahlleiterin am 4. September 2015 auf Vorschlag der Landesregierung. Sie ist Nachfolgerin von Ulrich Lepper, der in den Ruhestand geht. Die Beauftragte wacht über die Einhaltung der Datenschutzvorschriften. Vermuten Bürgerinnen und Bürger beispielsweise einen Verstoß gegen den Datenschutz, können sie sich mit Fragen oder Beschwerden direkt an sie wenden: www.ldi.nrw.de.

Gestorben

18.7. **Kurt Nowack** (SPD) MdL 1970-1985

21.7. **Dr. Wilhelm Lenz** (CDU) MdL 1958-1980
(ehem. LT-Präsident)

26.7. **Johannes Michael Geuenich** (SPD)
MdL 1970-1975

30.7. **Günther Einert** (SPD) MdL 1966-1970
und 1971-1995 (ehem. Minister)

6.8. **Hanns Backes** (CDU) MdL 1980-1990

Treffen & Termine

15.9. Eröffnung der Ausstellung „Sport und Politik verein(t) gegen Rechtsextremismus“ (12.30 Uhr)

30.9. Eröffnung der Ausstellung „60 Jahre Westlotto“ (10 Uhr)

Personalien

Michele Marsching (37) ist neuer Vorsitzender der PIRATEN im Landtag. Die Abgeordneten der Fraktion wählten den Softwareentwickler am 18. August 2015 zum Nachfolger von **Dr. Joachim Paul** (58), der sich nicht mehr zur Wahl gestellt hatte. Dr. Paul hatte die Fraktion seit dem Einzug der PIRATEN in den Landtag vor drei Jahren geführt. Im Amt bestätigt wurde der Parlamentarische Geschäftsführer **Marc Olejak** (44) ebenso wie die stellvertretenden Vorsitzenden **Simone Brand** (47) und **Hanns-Jörg Rohwedder** (58). Neu im Vorstand ist als Vize **Frank Herrmann** (54).



Neues Informationsangebot des Landtags

Seit Ende August erinnern die „Wege der parlamentarischen Demokratie“ in Düsseldorf an die Orte, an denen der Landtag seit seiner ersten Sitzung im Oktober 1946 getagt hat. Der Rundgang zu den fünf neuen Informationsstelen führt am Rhein entlang und durch die Düsseldorfer Altstadt. Mehr zu diesem Angebot des Landtags für die Bürgerinnen und Bürger lesen Sie auf S. 8 dieser Ausgabe von Landtag Intern. Weitere Informationen zu den „Wegen der parlamentarischen Demokratie“ und zur Geschichte der parlamentarischen Demokratie in NRW erhalten Sie zudem in einer Broschüre, die Sie auf der Internetseite des Landtags herunterladen und bestellen können: www.landtag.nrw.de (Aktuelles & Presse/Publicationen).